

EUROPA

Sarkozy steckt bei Merkel zurück

Die Streitpunkte scheinen beigelegt: Frankreich verzichtet auf seine Forderung nach einer europäischen Wirtschaftsregierung. Einigkeit auch bei der Transaktionssteuer.

14. Juni 2010 - 20:24 Uhr

© ERIC FEFERBERG/AFP/Getty Images



Harmonie in Berlin: Kanzlerin Merkel empfängt Frankreichs Präsident Sarkozy

Eine Woche später als geplant sind sie in Berlin zusammengekommen: Bundeskanzlerin Angela Merkel empfing Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, um mit ihm gemeinsam das richtige Vorgehen gegen künftige Finanz- und Wirtschaftskrisen zu besprechen – und Streitfälle auszuräumen. Bereits nach einer halben Stunden traten beide vor die Presse und verkündeten ihre neue Einigkeit.

Einer der Konflikte war die Einführung einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftsregierung der 16 Euro-Länder. Sarkozy sprach sich stets dafür aus und plädierte dabei auch für die Schaffung eines eigenen Sekretariats. Merkel war stets dagegen – und konnte sich bei den gemeinsamen Konsultationen in Berlin allem Anschein nach durchsetzen.

Alle 27 EU-Staaten müssten sich als "eine Art Wirtschaftsregierung" verstehen, sagte die Kanzlerin. Es dürfe keine "Mitglieder erster und zweiter Klasse" geben. Sarkozy ergänzte: "Wir müssen pragmatisch vorgehen. Wir haben beide einen Schritt auf den anderen zugetan." Ebenso wie Merkel sagte er nun, es gehe nicht um die "Schaffung neuer Institutionen", sondern um die Möglichkeit, "pragmatische Treffen schnell zusammenzurufen".

Auch in puncto Transaktionssteuer, mit der die Finanzwelt an den Kosten derzeitiger und künftiger Krisen beteiligt werden soll, stimmten die beiden wichtigsten europäischen

Partnerstaaten überein. Mit Blick auf den kommenden G-20-Gipfel Ende Juni in Kanada machten Merkel und Sarkozy Druck. In einem gemeinsamen Brief an die kanadische G-20-Präsidentschaft wollen sie auf Fortschritte bei der Besteuerung des Finanzsektors pochen. Gemeinsam fordern sie eine globale Finanztransaktionssteuer.

"Wir sind noch nicht zufrieden mit dem, was seit dem ersten G-20-Treffen beschlossen wurde", sagte Merkel. "Wir sind der Meinung, dass die Regulierung forciert vorangetrieben werden muss." Ebenfalls nicht zufriedenstellend sei der Stand der Beratungen zu einer Bankenabgabe.

Verstimmungen zwischen ihren beiden Ländern versuchten beide Regierungschefs auszuräumen. "Mehr als je zuvor sind Deutschland und Frankreich entschlossen, mit einer Stimme zu sprechen", sagte Sarkozy. Merkel entgegnete: "Deutschland und Frankreich haben gezeigt, dass wir handlungsfähig sind und die Zukunft Europas gestalten können."

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE, dpa, Reuters, AFP

ADRESSE: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-06/merkel-sarkozy-wirtschaftsregierung-transaktionssteuer-2>